

München, 03.06.2018

US-Strafzölle beschäftigen Bayerischen Landtag

SPD-Fraktionschef Markus Rinderspacher: „Gefahr, dass Strafzölle eine Kettenreaktion auslösen“

Die US-Strafzölle auf Stahl und Aluminium der Europäischen Union befassen nun auch den Bayerischen Landtag. Einen entsprechenden Berichtsantrag kündigte SPD-Landtagsfraktionschef **Markus Rinderspacher** an. Aluminium und Stahl betreffen zwar nur jeweils 0,1 Prozent der bayerischen Exporte in die Vereinigten Staaten. Aluminium wurde im Jahr 2017 im Wert von 29 Millionen Euro aus Bayern in die USA geliefert, Stahlprodukte im Wert von 21 Millionen.

Rinderspacher sieht jedoch „die Gefahr, dass die Strafzölle auf Bayerns wichtigstem Exportmarkt eine Kettenreaktion auslösen, die auch die bayerische Leitindustrie von Automobilindustrie und Maschinenbau betreffen. Wenn der bayerische Export in diesem Bereich hustet, droht ein Infekt, der perspektivisch Auswirkungen auf die Beschäftigung in Bayern haben kann. Protektionismus im Welthandel ist Gift für die bayerische Wirtschaft.“

Rinderspacher fordert nun ein koordiniertes politisches Vorgehen Bayerns, um eine Eskalation des Handelsstreits und ein Klima der Abschottung zu verhindern. Nach den unbegründeten Jubelgesängen Seehofers im Januar 2017 nach der Wahl Trumps zum US-Präsidenten sei nun Nüchternheit und Coolness gefordert, mahnt Rinderspacher.

Die USA sind der größte Exportpartner der bayerischen Unternehmen. Im vergangenen Jahr gingen 11,2 Prozent aller bayerischen Exporte in die USA, Waren im Wert von 21,5 Milliarden Euro. Das war ein Plus von 4,7 Prozent im Vergleich zum Jahr davor. Bayerische Unternehmen beschäftigen in den USA fast 190.000 Menschen.